

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 18

Artikel: Rettung durch Unionsvertrag?
Autor: Ostalski, Dmitri
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093017>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftsflächen und Waldungen zu verkaufen oder zu verpachten, sie ausländischen Bürgern und Gesellschaften auf der Grundlage von Pacht-Lizenzen zur Nutzung zu übergeben; in diesen Regionen freie Zonen für ausländisches Kapital einzuführen und allen Betrieben, Genossenschaften und Bürgern die lizenzfreie Erschließung des Aussenmarktes zu gestatten; auf diesen Territorien die zentralisierte Planung aufzuheben und statt dessen mit anderen Regionen auf vertraglicher Grundlage zu kooperieren; die Versorgung mit Ressourcen in dem Umfang zu garantieren, der dem restlichen Unionsmarkt entspricht.

Woher aber Mittel für den Start nehmen? Aus solchen Quellen wie Kürzung der Gelder für den Militär-Industriekomplex oder das Leitungspersonal; Umleitung der Mittel, die heute nutzlos für die «komfortable Einrichtung» des Strahlengrabes in Belorussland und in der Ukraine verschwendet werden; Ressourcen lassen sich durch die Verringerung der Investitionen in zweifelhafte Industrievorhaben beschaffen und durch den Verkauf von gestoppten und verschleppten Bauvorhaben an beliebige Käufer in der Union und im Ausland wie auch durch Kredite und Hilfe der interessierten ausländischen Gesellschaften, anderer Staaten und internationalen Organisationen.

Man kann sich die empörten Proteste gegen solche Programme vorstellen: Wir werden kein Privateigentum, kein fremdes Kapital zulassen! Vielleicht hat jemand andere Quellen parat? Oder rechnet jemand wirklich damit, dieses kolossale Problem mit Hilfe von traditionellen bürokratischen Beschlüssen und administrativen Strukturen zu lösen? Es gibt doch kein Zurück mehr. Die Regierung konnte die Möglichkeiten, den leeren Markt mit Hilfe der Genossenschaft ANT zu sättigen, wegen der Rufe und Parolen «Wir lassen das nicht zu!» nicht ausnutzen. Die Provokation gegen diese Genossenschaft kam unsere Gesellschaft vielleicht viele Milliarden Dollar zu stehen, der Schaden ist ökonomisch mit der Katastrophe von Tschernobyl vergleichbar.

Natürlich sehen die genannten Massnahmen radikaler aus als das Paket der «Markt»-gesetze, das die Regierung unterbreitet hat. Wenn aber die Entschlossenheit nicht dazu ausreicht, einen normalen Markt in der ganzen Union zu schaffen, so wird sie vielleicht ausreichen, um eine Ausnahme für die beiden obengenannten Regionen zu machen? Es lassen sich viele ökonomische Vorteile aufzählen, die die Schaffung von freien, sich dynamisch entwickelnden, für die Menschen anziehenden Regionen neuen Typs bringen wird. Heute kommt es aber in noch grösserem Masse darauf an, Bedingungen zu schaffen, die das explosive Niveau der sozialen Spannungen im Lande herabsetzen können.

WJATSCHESLAW STOROSCHENKO
Akademie der Wissenschaften
der UdSSR

Dmitri Ostalski, Moskau

Rettung durch Unionsvertrag?

Die Sowjetunion bricht auseinander. Kann sie durch eine einvernehmliche Föderation auf Vertragsbasis neu geboren werden? Dazu der folgende Beitrag aus MN, Moskau.

Gut einen Monat arbeitet bislang eine Gruppe von Vertretern der Unionsrepubliken an einem neuen Unionsvertrag, der auf einen Beschluss des Föderationsrates hin gebildet wurde. Eine Woche vorher hatte die dritte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am letzten Tag ihrer Arbeit den Appel «An die höchsten Staatsorgane der Unions- und der autonomen Republiken» angenommen. Seine Quintessenz besteht darin, auf die Versuchung zu verzichten, «allein nach einem Weg aus der Krise zu suchen».

Diese zwei Ereignisse sind eng miteinander verbunden. Ausgelöst wurden sie durch eine Welle von Erklärungen der neuen Republikparlamente über die staatliche Souveränität ihrer Republiken. In Wirklichkeit bedeutet das, dass viele Republik Sowjets entschlossen sind, selbständig auf ihrem Territorium zu handeln und eine vom Zentrum hinreichend unabhängige Politik zu betreiben. Die Selbständigkeit ist zu einer gemeinsamen Idee geworden, nicht nur auf der Ebene der Republiken und autonomen Gebiete, sondern auch in einzelnen Regionen. Der frühere Staatsaufbau ist in die Krise geraten.

Unlängst schien, man brauche nur die wirtschaftliche Situation zu verbessern, und alle

anderen Probleme lösen sich von selbst. Es ging um wirtschaftliche Rechnungsführung und Eigenfinanzierung in Betrieben, Regionen und Republiken. Die wirtschaftliche Rechnungsführung sollte die ökonomische Entwicklung beschleunigen. Doch im Verteilungssystem, das alles durchdringt, führt sie zur Absonderung, der Absonderung eines Betriebes von der Region, einer Region von der Republik und einer Republik vom Land.

Das frühere Koordinatensystem begann zusammenzubrechen. Es sieht danach aus, als ob man die Abkehr von dem Versuch, im 20. Jahrhundert einen multinationalen Unionsstaat nach vorkapitalistischen Prinzipien aufzubauen, mit der Gefahr einer neuen «feudalen Zersplitterung» zahlen müsse. Die Wiedergeburt eines gesamt-nationalen (in unserem Fall eines Unions-)Marktes kann diese Gefahr überwinden. Eben der Markt ist in der Lage, die Absonderung in die Einigkeit und die unvollendete halbe wirtschaftliche Rechnungsführung in ein neues System der ökonomischen, und dann auch der politischen nationalen Beziehungen zu verwandeln.

Aber der Unionsmarkt lässt sich nicht über Nacht schaffen. Solange neue gegenseitige Beziehungen im Lande lediglich im Anfangsstadium keimen, nähert sich die Zerstörung der alten Beziehungen ihrem Höhepunkt. Es wurde beschlossen, den Zerfallprozess durch die Erarbeitung eines neuen Unionsvertrages zu hemmen. Aber diese Idee, mit der sich die Radikalen noch



Die MN-Karikatur zu diesem Text

vor einem halben Jahr trugen, veraltet heute bereits. Leider kann man von der Arbeitsgruppe, die der Föderationsrat gebildet hat, keine einfachen und schnellen Lösungen erwarten. Zu viele Fragen hat das Leben angehäuft. Die wichtigste von ihnen ist: Was muss wem vorangehen – ein neuer Unionsvertrag den neuen Beziehungen zwischen den Republiken und Regionen – oder umgekehrt? Der Föderationsrat hat das Ziel eines neuen Vertrages vorgezeichnet: eine Union souveräner sozialistischer Staaten zu schaffen, die auf unterschiedlichen Typen der Beziehungen, von föderativen bis konföderativen, aufgebaut ist.

Aufgrund der Geschichte wurde bislang der Begriff «Zentrum» mit «Russland» gleichgesetzt. Wenn man nun sieht, dass die Unionsrepubliken gerade mit Russland einen Unionsvertrag abschliessen sollen, kann man sich durchaus vorstellen, dass einige mit ihm föderative, andere konföderative Beziehungen bevorzugen.

Doch nach allem zu urteilen beabsichtigt die Russische Föderative Republik, von nun an Gleiche unter Gleichen zu sein und nicht mehr «älterer Bruder», der für alles verantwortlich und in letzter Konsequenz an allem schuld ist. Davon zeugen die Dokumente, die auf dem ersten Kongress der Volksdeputierten der RSFSR angenommen wurden und seine allgemeine Geisteshaltung. Deshalb kann man sich kaum vorstellen, dass Russland seinerseits auf sein souveränes Recht verzichtet, entsprechend der eigenen Interessen selbst zu entscheiden, mit wem es in einer Föderation und mit wem in einer Konföderation sein will. Wird unter diesen Bedingungen irgendeine Republik, für die die Frage ihrer föderativen Beziehungen mit der RSFSR eine Frage von «Leben und Tod» ist, von Russland die Aufrechterhaltung ihrer «föderativen Ehe» fordern können?

Möglich ist auch die Variante, dass man unter dem «Zentrum» nicht ein bestimmtes Territorium, sondern lediglich ein Koordinierungsorgan versteht, an das die Subjekte der Föderation (Konföderation) einen Teil ihrer Rechte delegieren. Aber was bedeutet es, mit einem solchen Zentrum in föderativen oder konföderativen Beziehungen zu stehen?

Viele Unklarheiten bleiben auch in einem solchen Kompetenzbereich einer neuen Union wie Verteidigung und Sicherheit. Die Existenz von nationalen Armeen würde sich in diesem Fall als unzweckmässig erweisen. Aber schon heute wollen viele Republiken nicht, dass ihre Bürger ausserhalb ihrer Territorien dienen. Der Beschluss des Obersten Sowjets Belorusslands, der unlängst gefordert hat, die Angehörigen der belorussischen Miliz und der inneren Truppen, die in Transkaukasien und Mittelasien stationiert sind, in die Republik zurückzubringen, bekräftigt, dass auch dieses Problem kompliziert ist. ■

DER BUCHTIP

Polen

Rainer W. Fuhrmann: «Polen. Geschichte, Politik, Wirtschaft». Fackelträger, Hannover, 1990, 224 Seiten, Fr. 20.–

In Osteuropa haben sich die Ereignisse überstürzt, und gleichzeitig sind sie von einer solchen Vielfalt, dass das Bedürfnis wächst, unter anderem auch ihre nationale Logik besser zu verstehen. Dem sucht das vorliegende Buch zu dienen, das einen Aufriss der polnischen Geschichte bietet und im chronologischen Rahmen auch Politik und Wirtschaft skizziert. Der Text ist von Stichwörtern am Rande begleitet, was die Übersicht erleichtert. Das Werk ist, wie der Autor selbst betont, eine Einführung in die Thematik, und diese wird, so lässt sich hinzufügen, speziell dem deutschen und nicht nur dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht. Relativ stark betont sind denn auch die deutschbezüglichen Motive.

Die Arbeit beginnt mit einer deutschsprachigen Bibliographie; sie berücksichtigt auch Einzelaspekte, die für das polnische Schicksal und die polnischen Positionen seither wichtig sind, wie zum Beispiel den Raub und die Germanisierung von Kindern während des Zweiten Weltkrieges.

Nützlich ist die chronologisch-tabellarische Darstellung von einigen Motiven, die sich als Schlüssel zur polnischen Geschichte anbieten: Daten zur Rolle des Deutschen Ordens, die Privilegien und Rechtsgüter des polnischen Adels, die «Selbstorganisation der Gesellschaft» im 19. Jahrhundert, die preussischen Germanisierungsmassnahmen, Juden in Polen und Litauen, Daten zur Oder-Neisse-Grenze, 900 Jahre polnisch-russische Beziehungen, Geschichte der Kirche in Polen mit gesonderter Wiedergabe der Botschaften von Johannes Pauls II. Auch die atemberaubende Entwicklung zwischen 1986 und 1990 ist in tabellarischer Form festgehalten.

Wünschenswert gewesen wäre eine ähnliche Tabelle zur Entstehung der «Republik der beiden Völker», nämlich einerseits von Polen und andererseits von Litauen und der Ukraine, die damals eine Einheit bildeten. Diese Republik dauerte vom 14. bis zum 18. Jahrhundert und bildete ein vorweggenommenes Commonwealth in Europa, eine einmalige Erscheinung.

Wie das Buch die mittelalterliche Geschichte Polens darstellt, gibt keinen Anlass zu Beanstandungen. Richtigerweise werden zwei ein-



_____ Ex. Polen

223 S., Fr. 20.–

Einsenden an
Buchhandlung SOI
Postfach
3000 Bern 6

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____